

# Schläge unter die Gürtellinie gerügt

Verabschiedung des Heinsberger Haushaltsentwurfes gerät zeitweise zur Nebensache. CDU und Grüne stimmen am Ende dafür.

VON RAINER HERWARTZ

**Heinsberg.** Ja, ja, um den Haushalt ging es auch bei dem Tagesordnungspunkt „Erlass der Haushaltsatzung für das Jahr 2016“. Aber weit spannender für die Zuhörer im Heinsberger Ratssaal dürfte der verbale Schlagabtausch auf den „Nebenkriegsschauplätzen“ gewesen sein, der sich zumindest gefühlt in den Vordergrund schob.

Den Anfang machte der neue CDU-Fraktionschef Norbert Krichel. Völlig überraschend blies er am Ende seiner Haushaltsrede zur Attacke auf Sascha Matern von den Freien Wählern, auch im Namen von SPD und Grünen. Er rügte dessen verbale Schläge unter die Gürtellinie. „Was Sie sich in Ihren Wortmeldungen und besonders in den sozialen Medien erlauben, entspricht nicht der langen Tradition in diesem Haus ... Wenn Sie öffentlich den Bürgermeister, Mitarbeiter der Verwaltung, Ortsvorsteher und Ratsvertreter beschimpfen und verunglimpfen, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn dies von Bürgern als Aufruf gewertet wird, um noch einen drauf zu setzen.“ Ein Stein des Anstoßes war auf Materns Facebook-Seite unter der Überschrift „Hört auf zu schreien, Ihr Unwürdigen“ zu finden. Hier hatte er Bürgermeister Wolfgang Dieder unter anderem auf bizzarsatirische Weise unterstellt, dass dieser, wenn er denn die Macht dazu gehabt hätte, wohl das Frauenwahlrecht und in den USA auch

das Wahlrecht für Afroamerikaner verhindert hätte.

Materns Fraktionsprecher Walter Leo Schreinemacher verteidigte Materns später. Schließlich sei diesem zu dieser Form der Republik ja keine Alternative geblieben, weil ihm bei den Ratsitzungen der frühere CDU-Fraktionschef Wilfried Louis ja immer über den Mund gefahren sei. Wirklich nachvollziehen, so schien es, konnte eine derartige Rechtfertigung niemand.

Punkten in dem Scharmützel konnte Schreinemacher allerdings mit einem anderen Kuriosum. Er präsentierte, quasi als Retourkutsche, den Ausdruck eines Grußwortes im Internet, in dem sich der CDU-Ratsvertreter Martin Krükel als Ortsvorsteher von Scheifendahl und Straeten präsentierte, obwohl er dies überhaupt nicht ist, sondern sein Parteikollege Manfred Fell. Schreinemacher bat letztlich Krichel darum, sich doch einmal zusammenzusetzen, um die Umgangssprache vielleicht wieder auf ein vertragliches Maß zu bringen.

Letzteres könnte übrigens auch zwischen FDP-Fraktionschef David Stolz und Kämmerer Jakob Gerards nicht schaden. Ersterer hatte beim Parteitag der Liberalen den Satz formuliert: „Im Ergebnis agieren CDU und Verwaltungsspitze konzeptionslos und betreiben Betrug am Wähler.“ Gerards verspürte nicht die geringste Lust, sich als Betrüger diffamieren zu lassen, mit dem Ergebnis, dass es

im Vorfeld der Ratsitzung nicht zu einer klärenden Aussprache über sachliche Inhalte des Haushalts gekommen war. Stolz nahm seine Behauptung in der Sitzung schließlich zurück.

Ach ja richtig, es gab ja auch noch „sachliche Inhalte des Haushalts“. Mit diesen befasste sich zunächst der Bürgermeister. Ihm war wichtig zu erläutern, wie es sein kann, dass die Stadt zwar im Vergleich zum Vorjahr 10 Millionen Euro mehr als Ertrag verbuchen konnte und dennoch mit über sieben Millionen Euro ein

knapp 1,8 Millionen Euro höheres Defizit als im Haushaltsplan 2015 aufweise. „Die Antwort ist leider einfach“, sagte Dieder. „Die Mehraufwendungen betragen knapp 12 Millionen Euro.“ Als Beispiele fielen Stichworte wie Personalkosten (plus 1,5 Millionen), die sich zum Beispiel durch die U3-Betreuung nach oben entwickelten, Sach- und Dienstleistungen (plus 2,4 Millionen) zu denen eine 400 000 Euro teurere Abfallentsorgung gehört, die Kreisumlage (plus 1,5 Millionen) oder Sozialtransferaufwendungen (plus 4,4 Millionen). „Wenn aber die Planwerte eingehalten werden können, wird unser Defizit im Jahr 2019 auf heutiger Sicht auf etwa 2,7 Millionen Euro reduziert“, ist Dieder zuversichtlich. Überdies: Die Auszahlungen für Investitionen übersteigen den Planansatz des Jahres 2015 mit über sechs Millionen Euro um etwa eine Million. Dabei

handelt es sich im Wesentlichen um Baumaßnahmen.

CDU-Fraktionschef Norbert Krichel war in diesem Zusammenhang der Meinung: „Der vorliegende Haushalt zeigt erneut das erfolgreiche Bemühen, die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zu vermeiden. Ebenso bleibt festzustellen, dass es keine Nettoneuverschuldung gibt.“

Ralf Herberg, SPD-Fraktionschef, schlug da andere Töne an. Er sprach von einem „finanziellen Harakiri“, das Bürgermeister und

„Die jetzige Wahlperiode wird als die der andauernden politischen Grausamkeiten in die Geschichte der Stadt eingehen.“

WALTER LEO SCHREINEMACHER,  
FRAKTIONSCHIEF FREIE WÄHLER

Mehrheitsfraktion vollzögen. Zum jetzigen Verlust von 7 016 392 Euro seien in der mittelfristigen Ergebnisplanung weitere Verluste in den Jahren 2017 bis 2019 in Höhe von insgesamt 9,8 Millionen Euro prognostiziert. „Mit diesem eingeplanten Verlust reißen wir das erste Mal die Fünf-Prozent-Hürde des Paragraphen 76 der GO NRW. Beim zweiten Mal nacheinander droht der Stadt Heinsberg das Haushaltssicherungskonzept.“ Wirkliche Lösungen seien nicht in Sicht, sagte Herberg. Und in puncto Grundschulschließungen prognostizierte er der CDU „wie-

der ein Desaster“. Seine Fraktion stimmte dem Haushaltsbeschluss nicht zu.

Anders als Willi Mispelbaum und die Grünen. Dennoch meinte dieser: „Anstelle ständiger Steuererhöhungen und der damit verbundenen Betrachtung der Einnahmenseite sollten wir uns künftig mehr der Ausgabenseite widmen und versuchen, dort weitere Einsparpotenziale zu generieren.“ Der Einkommensteueranteil steige zwar kontinuierlich an, liege aber deutlich hinter den Vergleichskommunen. „Daraus lässt sich ableiten, dass wir gut daran tun würden, mehr Gewerbebetriebe mit vielen und hoch qualifizierten Arbeitsplätzen anzusiedeln und dafür auch die Bedingungen zu schaffen. Dabei sind weiter steigende Gewerbesteuererträge kontraproduktiv.“

Zumindest in diesem Punkt dürfte er auch David Stolz von der FDP aus dem Herzen gesprochen haben. Er bemängelte beim vorliegenden Haushaltsentwurf, dass die verwendeten Planzahlen „in erheblichem Umfang von den nachher faktischen Zahlen abweichen“ und unterstrich erneut die Forderung, ein Controlling einzuführen. Die FDP lehnte den Haushaltsentwurf nicht zuletzt aus diesem Grund ab. Ebenso wie die Freien Wähler.

„Die jetzige Wahlperiode wird als die der andauernden politischen Grausamkeiten in die Geschichte der Stadt eingehen“, war sich Walter Leo Schreinemacher sicher. Zudem werde in die Rücklage gegriffen „ohne erkennbare Rückführungsoberlegungen“.

